ZUKUNFT DER SOZIALDEMOKRATIE 12.03.2014 | David Sainsbury

Zeit für eine Neue Progressive Politische Ökonomie

Der Neoliberalismus hat nicht überzeugt. Drei Vorschläge für eine Alternative.

In seinem *Foreign Affairs* Beitrag „The Future of History" wies Francis Fukuyama darauf hin, dass linksgerichtete politische Parteien trotz verbreitetem Ärger über Wall-Street-Bailouts bislang nicht von einer Welle der politischen Unterstützung profitiert haben.

Dabei offenbarte die Finanzkrise des Jahres 2008 erhebliche Fehler in der neoliberalen Sicht des Kapitalismus. Und eine objektive Bestandsaufnahme der vergangenen 35 Jahre zeigt zugleich, dass das neoliberale Modell im Vergleich zu den vorherigen 30 Jahren in Sachen Wirtschaftswachstum, Finanzstabilität und sozialer Gerechtigkeit alles andere als überzeugend abgeschnitten hat. Dennoch fehlt bislang eine glaubwürdige progressive Alternative.

Wie wäre eine solche Alternative zu umreißen? Zunächst müsste eine progressive politische Ökonomie auf einem festen Vertrauen in den Kapitalismus beruhen, d.h. auf einem Wirtschaftssystem, in dem die Mehrheit der Güter in privater Hand ist und in der hauptsächlich die Märkte die Produktion und die Einkommensverteilung steuern.

Doch die Alternative muss zugleich drei entscheidende fortschrittliche Aspekte umfassen: Erstens muss sie eine bedeutsame Rolle für Institutionen vorsehen. Zweitens muss sie zugleich eine Involvierung des Staates in diesen Institutionen sicherstellen, um Interessensgegensätze aufzulösen und öffentliche Güter bereitzustellen. Schließlich müsste sie drittens soziale Gerechtigkeit umfassen, die als Fairness definiert ein wichtiger Indikator für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Landes ist.

Es war ein schwerer Fehler der neoklassischen Ökonomen zu übersehen, dass der Kapitalismus ein sozioökonomisches System darstellt und dass Institutionen einen wesentlichen Bestandteil dieses Systems ausmachen. Die jüngste Finanzkrise wurde durch institutionelles Versagen

verschlimmert etwa durch den hohen Grad von Einflussmöglichkeiten, der den Banken eingeräumt worden war.

Dabei belegen empirische Untersuchungen, dass vier Arten von Institutionen einen erheblichen Einfluss auf die Leistung von Unternehmen und zugleich auf die Leistung des Wirtschaftswachstums eines Landes haben. Hierzu gehören die Institutionen, die den Finanz und Arbeitsmarkt untermauern, aber auch die Arrangements der Unternehmensführung, sowie Bildungssysteme und nationale Innovationssysteme. Letztere umfassen das Netzwerk von öffentlichen und privaten Institutionen, das neue Technologien entwickelt und verbreitet.

Der zweite entscheidende Grundsatz eines solchen progressiven Ansatzes ist das Eingeständnis, dass Institutionen nicht einfach spontan entstehen, obwohl neoliberale Kräfte das gerne annehmen. Der Staat muss in die Entwicklung und die Reform von diesen Institutionen involviert sein. Er muss zwischen gegenüberstehenden Interessen vermitteln. Zugleich sind das Bildungs- und Ausbildungssystemen eines Landes und das nationale Innovationssystem meist öffentliche Güter, die vom Staat bereitgestellt werden müssen.

Es sollte dabei klar sein, dass die hier beschriebene Rolle des Staates die eines Befähigers ist, der den Markt unterstützt. Dies entspricht weder der von traditionellen Sozialisten geforderten Herrschaftsrolle des Staates noch den minimalistische Rollen, denen sich die Neoliberalen verschrieben haben.

Dabei weist die dritte Säule eines fortschrittlichen Ansatzes den neoliberalen Ansatz zurück, dass die wirtschaftliche Leistung eines Landes ausschließlich am Zuwachs des BIPs und am Freiheitsgrad zu messen ist. Wenn man tatsächlich die Wohlfahrt der Gesamtgesellschaft im Auge hat, kann unmöglich argumentiert werden, dass ein reiches Land, in dem das reichste ein Prozent der Bevölkerung den meisten Wohlstand genießt, in einer besseren Lage ist als ein etwas weniger wohlhabendes Land, in dem der Wohlstand breiter verteilt ist.

Fairness ein besserer Indikator für soziale Gerechtigkeit als Gleichheit. Es ist schwer, praktisch eine effektive Politik zu entwickeln, die in einer Marktwirtschaft tatsächliche Gleichheit herstellt. Zudem existiert ein Zielkonflikt zwischen Gleichheit und Wirtschaftswachstum. Egalitarismus ist sogar unter vielen Personen mit niedrigem Einkommen nicht gerade populär. Zumindest in meiner Erfahrung sind Gewerkschaften dabei meist sehr viel stärker an Einkommensunterschieden interessiert als an einer simplen Politik des

gleichen Gehalts für alle.

Dies sind die Kernprinzipien, die aus meiner Sicht eine neue progressive politische Ökonomie umsetzen sollte. Ich bin davon überzeugt, dass westliche Staaten, die diesen Ansatz nicht adaptieren und stattdessen weiterhin einer neoliberalen politischen Ökonomie anhängen, es zunehmend schwer haben werden, Innovation und Wachstum zu erzielen.

In der neuen globalen Wirtschaft stehen nahezu unbegrenzte Ressourcen von billiger Arbeitskraft zur Verfügung. Westliche Wirtschaften werden in einem „Race to the bottom“ nicht konkurrieren können, in dem Unternehmen immer billigerer Arbeit, Landressourcen und Kapital nachjagen und in dem Regierungen sich darum bemühen, diese Firmen durch Deregulierung und Zurückschrauben der Sozialstandards anzulocken.

Es gibt nur einen Weg, wie westliche Wirtschaften konkurrenzfähig sein können und zugleich ihren Lebensstandard erhöhen können. Sie müssen sich als Teilnehmer an einem „Race to the top“ begreifen. Das bedeutet, dass Unternehmen ihre Wertschöpfung durch Innovation in bestehenden Industrien verbessern müssen und ihre Fähigkeit weiter entwickeln müssen, in neuen und hochentwickelten Industrien zu konkurrieren. Dort liegt die Wertschöpfung in der Regel höher.

Doch Unternehmen werden dies nur umsetzen können, wenn Regierungen sich von der Überzeugung verabschieden, dass sie in der Wirtschaft keine Rolle zu spielen haben. Im Gegenteil: Der Staat hat eine Schlüsselrolle dabei, die Rahmenbedingungen zu erschaffen, die dynamischen Unternehmen Innovation und Wachstum ermöglichen.



David Sainsbury
London

David Sainsbury ist Mitglied des britischen House of Lords und war unter Tony Blair von 1998 to 2006 Minister für Wissenschaft und Innovation. Er

ist der Autor von "Progressive Capitalism – How to Achieve Economic Growth, Liberty and Social Justice".

1 LESERBRIEFE

emil schrieb am 01.11.2014

nur mal als denkanstoß
Den Blickwinkel ändern, Neues bemerken und Alternativen entdecken
Eigentlich habe ich ja nichts Neues zu berichten, alles ist bekannt, sollte den studierten
Fachleuten jedenfalls bekannt sein, das Rad muss nicht neu erfunden werden. Und es dürfte
einem Normalverbraucher keine Schwierigkeiten bereiten, das alles mit gesundem
Menschenverstand zu verstehen. Aber seltsam, fast keiner will davon etwas wissen. Ob es
sich dabei um Linke oder Rechte handelt, um Geldfachleute oder -reformer, um studierte
Ökonomen oder Gewerkschaftler, man will einfach nicht darüber nachdenken. Und
veröffentlichen will man so etwas auf keinen Fall.
Bei Ökonomen und Leuten mit gesundem Menschenverstand sind die Grundsätze von

Buchhaltung und Bilanzierung unbestritten, ebenso die darauf aufbauende
volkswirtschaftliche Saldenmechanik. Da gibt es immer zwei per def. gleiche Seiten wie Soll
und Haben, Einnahmen und Ausgaben, Geldvermögen und Geldschulden (wie immer
abgegrenzt), Exporte und Importe global, die sich immer zu Null addieren. Wenn man die
Ausgaben an einer Stelle um einen bestimmten Betrag kürzt, dann sinken die Einnahmen an
anderer Stelle um mindestens denselben Betrag, wenn alle Geldschulden getilgt werden, dann
gibt es auch keine Geldvermögen mehr, und die Wirtschaft ist kollabiert. In der öffentlichen
und veröffentlichten Diskussion scheint man solche Banalitäten verdrängt zu haben.
Bei Ökonomen, jedenfalls solchen ohne ideologische Scheuklappen, gibt es auch keinen
Streit darüber, dass Wirtschaft nur dann funktionieren kann, wenn alle wirtschaftlich
relevanten Angelegenheiten gesetzlich geregelt sind (Eigentum, Verträge, Umwelt,
Geldwesen etc). Und diese gesetzlichen Regelungen werden von Politikern gemacht und

durchgesetzt. Wenn eine solche gesetzliche Regelung ihren Zweck nicht erfüllt, nicht zielführend ist, dann wird ein verantwortungsvoller Politiker sie modifizieren oder kassieren und durch ein besseres Gesetz ersetzen. Nebenbei bemerkt: Politiker können und dürfen sich nicht wie Theologen oder Juristen verhalten, die Gesetze auslegen und nur für deren Einhaltung Sorge tragen, Politiker haben eben diese Gesetze zu verfassen, zu gestalten unter dem Gesichtspunkt, dass sie der Wohlfahrt und Nachhaltigkeit der Gesellschaft dienen.
Oberste Gerichte müssen Politiker von Zeit zu Zeit an diese Pflichten erinnern, sie in wichtigen Fällen dazu auffordern, notwendige gesetzliche Regelungen zu beschließen.
Dieses Primat der Politik wird von allen Politikern in Sonntagsreden beschworen, es wäre zu wünschen, dass es auch im Alltag gilt. Jedenfalls sollte der mündige Wahlbürger den Politikern nicht erlauben, dass sie sich aus der Verantwortung stehlen, indem sie sich auf Sachzwänge berufen. Bei solcher Betrachtung der Lage kann es echte Sachzwänge nämlich

gar nicht geben.
Nach der Aufgabe des Goldstandards wurde von Ökonomen zur Kenntnis genommen, dass es weltweit nur noch fiat money gibt, dass sich die staatliche Theorie des Geldes in der Realität durchgesetzt hat, nach der Geld ein staatliches Konstrukt ohne eigenen Wert ist. Diese staatliche Theorie des Geldes (Chartalismus) wurde von Modern Monetary Theory unter Einbeziehung der Einsichten von Keynes, Lerner, Minsky u.a. weiterentwickelt und mit dem Konzept von Jobgarantie verbunden. MMT kam dabei schlüssig und logisch einwandfrei zu der Feststellung: Ein souveräner Staat mit eigener Währung hat bei der Finanzierung seiner Ausgaben und Aufgaben keine Schwierigkeiten, wenn er sich nicht in fremder Währung verschuldet; als Herausgeber der eigenen Währung durch die staatliche Institution Zentralbank ist er im Prinzip nicht auf Einnahmen durch Steuern, Abgaben oder Anleihen angewiesen, diese dienen vielmehr politischen Zielen wie der Korrektur von Marktergebnissen, der Verhinderung von Inflation usw.

Wenn nun ein solcher Staat zwecks
Bezahlung seiner Ausgaben sein eigenes Geld direkt in den Wirtschaftskreislauf einschleust,
also die Waren und Dienstleistungen bezahlt, die er im Privatsektor (Privathaushalte und
Unternehmen des Inlandes) durch Aufträge abgefordert hat, dann kann es keine Forderung
nach Zinszahlung oder Schuldentilgung seitens des Privatsektors oder Auslandes geben, da
der Staat ja nur bei sich selbst verschuldet ist. In der Realität und Realwirtschaft verwandeln
sich diese virtuellen Schulden in öffentliches Vermögen (Staatsvermögen), in Infrastruktur im
weitesten Sinne. Natürlich lassen sich diese fiktiven Schulden rein theoretisch tilgen, wenn
der Staat dieses öffentliche Vermögen zu Herstellungspreisen an den Privatsektor verkauft (privatisiert) und die dabei erzielten Einnahmen an die Zentralbank zwecks Tilgung der
"Schulden" weiterreicht. Dann fehlt das Geld allerdings im Privatsektor und in der
Privatwirtschaft mit unabsehbaren Folgen für die Wirtschaft.
Um es klar und deutlich zu wiederholen: Es muss klar

unterschieden werden zwischen dem
Staatssektor und dem Privatsektor, es muss demzufolge auch ein wenigstens zweistufiges
Bankensystem geben: die Zentralbank ist als staatliche Institution dem Staatssektor
zugeordnet, sie schleust Zentralbankgeld durch Auftragsvergabe des Staates in die Wirtschaft,
dabei ist dieses Geld durch fiktive Schulden gekennzeichnet; im Privatsektor gibt es ein
zweites Bankensystem, das mit dem Privileg ausgestattet ist, dass es Geld „schöpfen“ darf
und Kredite vergeben; im Bankensektor wird die ursprüngliche Menge an Zentralbankgeld
durch Geldschöpfung (Bilanzverlängerung: Forderung = Schulden) vervielfacht
(Zentralbankgeld macht nur 5 % der Geldmenge aus); dieses im Bankensektor geschöpfte
Geld ist „Schuldengeld“ (Kreditgeld), dafür müssen Zinsen gezahlt werden, der Kredit muss
getilgt werden, das ursprüngliche Zentralbankgeld ist Teil der gesamten Geldmenge,
gewissermaßen als ein Gemeinschaftsgut darin enthalten. Der Banken- und Finanzsektor
muss sorgfältig reguliert und beaufsichtigt werden . Man

kann dabei an ein
Trennbankensystem denken, an höheres Eigenkapital, Reserve- und Bewertungsvorschriften, Finanzprodukte und Derivate müssen genehmigt werden, nichts darf außerhalb der Bilanz versteckt werden, Spielbanken mit ihren Wettgeschäften sind nicht systemrelevant, werden nicht vom Staat gerettet, man mag über eine Art Bancor nachdenken, um Spekulation gegen Währungen einzudämmen, es gibt im Rahmen von Kartellbetrachtung ein“too big to save“ usw. .
Eine staatliche Finanzierung, die zu den oben beschriebenen virtuellen Schulden führt, ist bislang verboten, weil so etwas starken wirtschaftlichen Interessen widerspricht und in diesem Sinne auch gesetzlich geregelt wurde. Eine andere gesetzliche Regelung ist jedoch möglich, wenn die Politik das wirklich will, um sich aus der Gefangenschaft durch die Finanzmärkte (Tietmeyer) zu befreien. - Diese virtuellen Schulden müssen gedanklich scharf unterschieden werden von den Schulden, die ein Staat macht, wenn er Anleihen auflegt und

diese an den Privatsektor verkauft zwecks Erzielung von Einnahmen; solche staatlichen
Anleihen werden im Privatsektor gehandelt, dafür müssen Zinsen gezahlt werden, diese
Schulden müssen auch getilgt werden.
Angesichts des riesigen Investitionsstaus gerade im öffentlichen Bereich sollte es an der Zeit
sein, auf diesem Wege (mittels virtueller Schulden) öffentliches Vermögen aufzubauen, zu
investieren und mit der Manie von Privatisierung aufzuhören, mit dieser Verschleuderung
des öffentlichen Vermögens. Denn mangels Gewinnaussichten wird ja von den
Privatunternehmen seit längerer Zeit nicht mehr in die Realwirtschaft investiert (die
Privatwirtschaft „investiert“ vielmehr in Finanzprodukte, die höhere Rendite versprechen,
und produziert dadurch „Blasen“), es entsteht also auch da eine zusätzliche Investitionslücke
und vergrößert diese in der Volkswirtschaft insgesamt.
Sicher, ein gewöhnungsbedürftiger Denkansatz, aber das ist kein hinreichender Grund, um
jede Diskussion darüber zu verweigern. Und mir geht es zunächst einmal darum, dass so

etwas ernsthaft diskutiert wird. In diesem Falle könnte man nämlich dank besserer Diagnose die Banken- und Finanzkrise von ihren Ursachen her angehen und sogar lösen. Und das ewige Gerede über die Staatsschulden könnte ad acta gelegt werden, weil es schlichter Aberglaube ist. Natürlich ist mir auch klar, dass es erhebliche Schwierigkeiten geben wird bei der Regelung des Finanzbereichs im Privatsektor, wo es vornehmlich um Privilegien geht und deren Verteidigung. Aber vielleicht würde die Finanzkrise dann nicht mehr alle anderen Probleme aus den Blickwinkel verdrängen, könnte sich die Politik ernsthaft mit den wirklich wichtigen Themen der Nachhaltigkeit beschäftigen. Ich gebe die Hoffnung jedenfalls nicht auf, vielleicht ist der Mensch ja kein Irrläufer der Natur, wie A. Koestler meinte, der scheitert, weil er seine Lebensgrundlagen vernichtet. Und ich gehe davon aus, dass der Kapitalismus in seiner bisherigen Form nicht überlebensfähig ist, dass er aber im Prinzip reformiert werden kann; ich maße mir nicht an, vorauszusagen, wie das Ergebnis solcher Reformen aussieht.

Falls man übrigens an einer gut lesbaren und mit historischen Fakten gespickten Darstellung der gegenwärtigen Wirtschaftslage interessiert ist, dann kann ich ohne Vorbehalt empfehlen "Der Sieg des Kapitals" von Ulrike Herrmann; ich habe bei der Lektüre eine Menge gelernt.
Die Lektüre von „23 Lügen, die sie uns über den Kapitalismus erzählen“ von Ha-Joon Chang sowie „66 starke Thesen zum Euro, zur Wirtschaftspolitik und zum deutschen Wesen“ von Heiner Flassbeck lassen einen grübeln, ob die von den meinungsbildenden Medien verbreiteten Wirtschaftsnachrichten so wirklich stimmen können. Natürlich gibt es viele weitere kritische Beiträge zu Fragen der Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik.
Und falls man einen logischen oder sachlich-fachlichen Fehler in meiner Argumentation entdeckt, dann teile man mir das bitte mit; ich belästige andere nämlich nicht gern mit Unsinn. Dabei kann ich „utopisch“, „nicht realisierbar“ und andere Totschlag“argumente“ nicht akzeptieren, weil sie nichts mit Logik oder Fachkenntnis zu tun haben.

PS 1: Financial debt is a debt, but government debt is financial wealth to the private sector
(jedenfalls bei keiner Auslandsverschuldung in fremder Währung und außenwirtschaftlichem
Gleichgewicht; R. Wray, einer der Pioniere von MMT).
PS 2: Den USA gelingt es bislang immer noch, sich auch im Ausland in eigener Währung zu
verschulden (Export von Dollar gegen Import von Waren und Diensten aus dem Ausland), so
dass sie keine Schwierigkeiten bei der Zinszahlung haben; die Staatshaushaltsprobleme und
die Schuldenobergrenze der USA sind hausgemacht; der Gesetzgeber könnte diese
gesetzliche und finanzielle Selbstfesselung der Politik per Gesetz auflösen, falls Wall Street
das erlauben würde, was unwahrscheinlich ist. Es müsste ein mindestens zweistufiges
Bankensystem installiert werden mit der Zentralbank als staatlicher Institution einerseits, dem
Bankensektor im Privatsektor andererseits, wie von MMT vorgeschlagen.
